

# Gesundheitswesen neu strukturieren

FVDZ-Hauptversammlung in Warnemünde verabschiedet Eckpunktepapier

*Auf der diesjährigen Hauptversammlung des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte e.V. (FVDZ) in Warnemünde wurde Dr. Karl-Heinz Sundmacher (Baden-Württemberg) als Bundesvorsitzender in seinem Amt bestätigt. Mit diesem Votum steht Sundmacher auch in der Amtsperiode 2009 bis 2011 an der Spitze des größten zahnärztlichen Berufsverbandes in Deutschland.*

Als seine Stellvertreter wählte die Versammlung Dr. Wolfram Sadowski (Brandenburg) und Dr. Kerstin Blaschke (Thüringen). Erfreulich aus bayerischer Sicht: Dr. Alois Schneck (München) wurde als Mitglied im Bundesvorstand bestätigt und erhält Verstärkung durch Dr. Reiner Zajitschek (Döhlau). „Beide Bayern wurden mit überzeugenden Stimmenergebnissen gewählt. Dies ist eine Bestätigung der erfolgreichen Arbeit des Landesverbandes Bayern auf der Bundesebene“, so der Landesvorsitzende Dr. Jürgen Welsch. Die weiteren Bundesvorstandsmitglieder sind: Dr. Joachim Hüttmann (Schleswig-Holstein), Zahnarzt Berttram Steiner (Berlin), Dr. Peter Bührens (Mecklenburg-Vorpommern), Dr. Dirk Timmermann (Niedersachsen), Dr. Dr. Heinrich Schneider (Baden-Württemberg) und Dr. Ernst-Jürgen Otterbach (Hessen). Eindeutiger Schwerpunkt der Hauptversammlung war eine ausführliche Diskussion über die notwendigen Veränderungen in der Gesundheitspolitik sowie die Aufforderung an die verantwortlichen Poli-

tiker, endlich ein zukunftsfähiges Gesundheitswesen zu schaffen. Kleine Schritte oder minimale halbherzige Verbesserungsversuche bringen die deutschen Sozialsysteme nicht voran, sondern verschärfen nur die vorhandenen Probleme.

## **Zukunftsfähiges Gesundheitswesen gefordert**

„Durch den demografischen Wandel wird die gesetzliche Krankenversicherung unbezahlbar, wenn sich nichts Grundlegendes ändert. Uns bleibt nicht mehr viel Zeit, den Zug auf die richtigen Gleise zu lenken“, mahnte der FVDZ-Bundesvorsitzende Dr. Karl-Heinz Sundmacher in seinem Eröffnungsreferat. Als Wurzel allen Übels brandmarkten zahlreiche Redner die zunehmende Politisierung des Gesundheitswesens sowie die staatlichen Zwangsjacken, die allen medizinischen Organisationen und Akteuren in den vergangenen Jahren durch den Gesetzgeber als sogenannte „Notmaßnahmen“ angelegt worden sind. Ganz in diesem Sinne verabschiedeten die circa 150 Delegierten der Hauptversammlung des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte einstimmig den Leitantrag des Bundesvorstands. Dieser enthält in Form des aktualisierten Eckpunktepapiers die Vorschläge des FVDZ zur dringend notwendigen Neustrukturierung des deutschen Gesundheitswesens. Der Freie Verband Deutscher Zahnärzte schlägt im Einzelnen vor:

### Entpolitisierung des Gesundheitswesens

Gesetz- und Verordnungsgeber beschränken ihre Einflussnahme auf die Definition ordnungspolitischer Rahmenbedingungen. Dies bedingt die Neuformulierung des SGB V weg von Regelung und Regulierung kleinster Details hin zu einem rein ordnungspolitisch ausgerichteten Rahmen.

### Entstaatlichung der Strukturen der GKV

Rückzug staatlicher und halbstaatlicher Organe aus den Strukturen des Gesundheitswesens.

Die sogenannte gemeinsame Selbstverwaltung (gesetzliche Krankenkassen, Spitzenvereinigung GKV, Kassen-(zahn)ärztliche Vereinigungen beziehungsweise Bundesvereinigungen, Gemeinsamer Bundesausschuss et cetera) verliert ihren Körperschaftsstatus.



Fotos: Ute Welsch

Dr. Karl-Heinz Sundmacher (re.), FVDZ-Bundesvorsitzender, und Dr. Jürgen Welsch, Landesvorsitzender Bayern des FVDZ, im Gespräch



Neu im Bundesvorstand des FVDZ: Dr. Reiner Zajitschek



Wiedergewählt in den Bundesvorstand des FVDZ: Dr. Alois Schneck

Mit dem Verlust des Körperschaftsstatus ist auch der Verlust wettbewerbs- und kartellrechtlicher Ausnahmeregelungen verbunden.

Die privatisierten gesetzlichen Krankenkassen und die Organisationen der Heilberufe können als Unternehmen am Wettbewerb im Gesundheitswesen teilnehmen. Sie unterliegen uneingeschränkt dem Wettbewerbs- und Kartellrecht.

#### Pflicht zur Versicherung für alle

Obligatorischer Abschluss einer Krankheitskosten-Versicherung für eine medizinische Grundversorgung.

Die Versicherer bieten einen Grundtarif mit Kontrahierungszwang und Diskriminierungsverbot an.

Es werden Altersrückstellungen im Sinne einer Kapitaldeckungskomponente gebildet; diese sind grundsätzlich übertragbar.

Der Leistungsumfang des Grundtarifs wird, entsprechend den ordnungspolitischen Rahmenbedingungen, von den Versicherungsunternehmen festgelegt.

Alle heute als versicherungsfremde Leistungen bezeichneten verteilungspolitisch motivierten Leistungen sind kein Bestandteil der Grundversicherung.

Die Leistungsabrechnung in der ambulanten Versorgung erfolgt durch Direktabrechnung mit Kostenerstattung.

Für Kinder und Jugendliche (bis zur Einkommensteuerpflichtigkeit) werden die Versicherungsbeiträge aus Steuermitteln im Sinne der Familienförderung mitfinanziert. Das kann auch für erziehende, nicht einkommensteuerpflichtige Ehepartner gelten.

Bei finanzieller Überforderung ist eine Unterstützung bei der Prämienzahlung auf Antrag vorzusehen.

**Weiterhin rief der FVDZ zu der in Deutschland längst überfälligen Neugewichtung von Eigenverantwortung**

und Solidarität auf. Die politische Rahmensetzung muss dem Grundsatz der Eigenverantwortung den Vorrang vor staatlicher Fürsorge einräumen und somit den allgemein anerkannten Grundsätzen der christlichen Soziallehre folgen. Das Subsidiaritätsprinzip muss wieder an erster Stelle stehen, wenn die Sozialsicherungssysteme die Belastungen der Zukunft meistern sollen.

#### **Staatsferne Strukturen gegen Honorardumping**

Kritisch sehen der FVDZ-Bundesvorstand und die Hauptversammlung die zunehmende Konzentration der Einkaufsmacht auf Kassenseite durch die Bildung immer weniger, aber dafür größerer Krankenkassen. Diese mitgliederstarken Mega-Kassen bedrohen mit sogenannten Selektivverträgen und Honorardumping die Existenzgrundlage freiberuflicher Tätigkeit von Zahnärzten immer mehr. Folgerichtig forderten die Delegierten die weitere Ausrichtung zahnärztlicher Standespolitik an dieser Gefahr. „Nur in Gemeinsamkeit, geschlossen und in staatsfernen Strukturen können wir diesen Herausforderungen begegnen“, so zum Beispiel der stellvertretende Landesvorsitzende Dr. Manfred Kinner aus Bayern.

Weitere wichtige Themen der Hauptversammlung waren die elektronische Gesundheitskarte, der Gesundheitsfonds, die Zukunft der zahnärztlichen Gebührenordnung und die aktuellen Entwicklungen für den zahnärztlichen Berufsstand auf europäischer Ebene.

Dr. Jürgen Welsch  
Landesvorsitzender Bayern des FVDZ

Weitere Informationen und Beschlüsse auf der Internetseite des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte unter [www.fvdz.de](http://www.fvdz.de)